

PRESSEMITTEILUNG

Brüssel, den 04.04.2014

Hermann Winkler: EU-Parlament schafft Roaming-Gebühren ab und stimmt für offenes Internet

Das Europäische Parlament hat sich für die Abschaffung der Roaming-Gebühren ausgesprochen. Zu dieser Entscheidung erklärte der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler: „Die Zusatzkosten für Telefonate, Kurznachrichten und mobiles Internet im Ausland sind ein altbekanntes Ärgernis. Fast jeder wird sich nach dem Urlaub beim Blick auf die Telefonrechnung schon einmal gefragt haben, wofür er eigentlich diese hohen Gebühren bezahlt. Dies wird nach dem Willen des EU-Parlaments bald der Vergangenheit angehören. Das Votum zur verbindlichen Abschaffung der Roaming-Gebühren bis Dezember 2015 ist ein deutliches Signal. Beim Verbraucherschutz steht das Europaparlament an der Seite der Bürger. Digitale Kommunikation sollte auch über EU-Grenzen hinweg einfach, verbraucherfreundlich und kostengünstig sein.“

Auch beim sensiblen Thema des offenen Internets hat das Parlament fraktionsübergreifend Stellung bezogen: Der Grundsatz der Netzneutralität wird verbindlich mit dem EU-Telekommunikationspaket abgesichert. Eine Diskriminierung durch Netzanbieter, wie die Blockierung oder Verlangsamung der Durchleitung von Daten bestimmter Anwendungen oder Dienstleister, darf nicht stattfinden. „Mit mir wird es keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Internet geben. Auch und gerade für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Start-Up's müssen die Netze in guter Qualität zugänglich bleiben. Nur so können innovative Geschäftsmodelle und Dienstleistungen entwickelt werden, beispielsweise im Bereich der Telemedizin oder bei Video-on-Demand. Über Erfolg oder Misserfolg von Angeboten sollen die Verbraucher entscheiden und nicht die großen Netzbetreiber“, so Winkler abschließend.

Hintergrund

Das sogenannte Telekommunikationspaket, ein Paket an EU-Verordnungen zur elektronischen Kommunikation, wird seit September 2013 zwischen den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament beraten. Das Europäische Parlament fasste seinen Beschluss noch kurz vor dem Ablauf der Legislaturperiode. Nun müssen noch die 28 EU-Mitgliedstaaten im Rat zustimmen. Die Verhandlungen dazu werden im Herbst beginnen.